



AKTION

Nr. 2/81 – 30 Pfg.

Anarchistische Zeitung

Erscheint
unregelmäßig.
Herausgegeben
und gemacht von
libertären Leuten
und Gruppen im
Rheinland
Gebiet
Hrsg. z. Gsch.
v. Schönbach

HEIßE NÄCHTE in Giessen

Möbelfirma ließ legal bewohntes Haus abreißen / Magistrat
gibt Rückendeckung / Demonstrationen und kaputte Scheiben



Das ist absolut neu: wurden bisher in der Bundesrepublik immer häufiger Instandbesetzer – Leute also, die Wohnungen besetzen und wieder bewohnbar machen, die skrupellose Geschäftemacher und Verfassungseinde verdammen lassen (Art. 14 GG) – von der Polizei brutal hinausgeprügelt, damit die Spekulanten die Wohnungen zerstören konnten, so ist jetzt in Gießen erstmalig ein Wohnhaus zerstört worden, in dem noch Menschen – normale Mieter mit einem Vertrag, wohnten. Die Arroganz der Macht rief tausende auf die Straße und beim verantwortlichen Spekulanten, dem Möbelhaus Sommerlad, gingen Schaufenster zu Bruch.

Halten wir uns nicht mit den chronologischen Details auf (die stehen ausführlich im Kasten nebenan: „Chronik der Giessener Ereignisse“) – versuchen wir lieber einmal zu verstehen, was da passiert ist. Stellen Sie sich mal vor, Sie kommen von der Arbeit oder vom Einkauf, und finden Ihr Haus halb abgerissen vor? Sie meinen, das wäre kaum möglich und ein schlechter Witz? Nun, dieser Witz hat letzte Woche in Giessen stattgefunden.

Da will ein Spekulant, das Möbelhaus Sommerlad, drei große, schöne, alte, billige, zentral gelegene Wohnhäuser abreißen, um dort eine Tiefgarage und noch ein Möbelhaus zu errichten („Möbelstadt Sommerlad“). Da sie vor Gericht keinen Erfolg hatten, schlug die kriminelle Vereinigung Sommerlad/Magistrat/Polizei/Abbruchunternehmer zu und machte kurzen Prozess: die Wohnungen wurden einfach abgerissen – „aus Versehen beschädigt“, wie es später heißt.

Nun läuft ein allzu bekanntes Wechselspiel ab, ein Lehrstück in Arroganz der Macht, in der Bauamt, Magistrat, Polizei und die heimische Presse alle ihre Schmierrolle spielen. Das Bauamt versichert zunächst, daß das Haus erhalten werden wird, nur um die Gemüter zu beruhigen. Das Amtsgericht liefert einen Beitrag zur Farce, indem es eine einstweilige Verfügung gegen Sommerlad erläßt, dahingehend, das Haus zu erhalten und den Zugang für die Bewohner zu sichern – eine Verfügung, an die sich niemals jemand zu keinem Zeitpunkt halten wird – weder der Magistrat, noch das Bauamt, noch die Polizei noch der Bürgermeister. Stattdessen erklärt nun das Bauamt, das Haus müsse leider wegen Baufälligkeit abgerissen werden. Diese Entscheidung fällt auf einem Ruck-Zuck-Lokaltermin des Gerichtes, während die Polizei den Vertreter der Hausbewohner, Rechtsanwalt Roth, mit Gewalt an der Teilnahme hindert.

Was hier geschah ist praktizierter Terrorismus im Sinne des Wortes. Angeblich leben wir in einem Rechtsstaat. Wir Anarchisten sind zwar diesem Märchen nie aufgesessen, aber nehmen wir einmal an, es wäre so, so haben hier Staat, Stadtverwaltung und ein reicher Unternehmer auf ihr Recht geschissen. Der Rechtsstaat gilt nur immer für die Leute unten auf der sozialen Pyramide – die „oben“ können es ganz nach ihrem Belieben biegen und brechen.

Warum gingen Sommerlad und der Abbruchhelfer nicht in den Knast oder auf die Wache? Wenn ich aus Jux eine Scheibe einschmeißle, geschweige denn ein Haus zerstöre – mal sehen, was dann mit mir passiert, und was die Polizei mir sagt, wenn ich sage, das wäre „aus Versehen“ geschehen... Warum wird Sommerlad nicht gezwungen, den vorherigen Rechtszustand, den er brach, wiederherzustellen und das Haus wieder aufzubauen? Jeder normale Bürger muß das tun. Warum ging die Polizei, als sie gerufen wurde, gegen die Schaulagerungen und Proteste vor? Anstatt gegen die Hausdemolierer? Warum braucht Sommerlad keine Erlaubnis für Zweckentfremdung von Wohnraum wie jeder andere???

Antwort: Weil unser Rechtsstaat eine taube Nuss, eine fromme Fiktion des Staates ist, um seine Macht zu erhalten. Der Staat diskutiert nicht über Gewalt – er praktiziert sie und gießt sie in Gesetze.

Daß so einfach mit Geld, Politik und einem Bagger Recht gebrochen werden kann, macht uns klar, daß es kein Recht gibt. Es gibt nichts mehr, was das Grundbedürfnis eines jeden Menschen, nämlich ein Dach über dem Kopf, schützt. Wir müssen den Schutz unseres Wohnraums, unserer Lebensbedürfnisse, wir müssen unsere Zukunft und unser Glück – kurz: unser Leben – in die eigenen Hände nehmen.

Diejenigen, die dies in Gießen in der letzten Woche ansatzweise taten, waren dann die Protagonisten in der offiziellen Lokalpresse. Nicht vom Unternehmer Sommerlad, der Terror, Chaos und Zerstörung verbreitet, nicht von seinen Komplizen, dem Magistrat war die Rede, sondern von angeblichen Straßenschlächtern (die nie stattfanden) war die Rede, von gelegten Bränden (ein Lagerfeuer zum aufwärmen!) und von angekarrten Schlägertrupps (damit können n u r die Polizisten gemeint sein!) Wieder einmal ereiferte sich die Bürgerszene in der Presse über die „plötzliche Zerstörung“ durch die Demonstranten, die Sommerlad ein paar Abbruchsteine in die heile Welt seiner Schaufenster warfen. Stellvertretend für alle der Wetzlarer Kommentator Weinert Will, der meinte, daß es doch zu weit gehe, wenn in Gießen Gebäude beschädigt würden. Die Absurdität ist nicht mehr zu überbieten – er meint nämlich die kaputten Fensterscheiben bei Sommerlad. Von den Trümmern eines Wohnhauses sprach er nicht.

Hinweis: Der Stammtisch der Wetzlarer Anarchos ist nicht mehr im Mi-
nus, sondern im Haus der Jugend.
Jeden Dienstag um 20 Uhr.



Kronstadt Kongress

Vom 18.-20. März fand in
Berlin der zweite anarchis-
tische „KRONSTADT-KONGRESS“
statt.

Am ersten Abend fand eine
Veranstaltung zu Kronstadt,
und zur Situation der Anar-
chisten damals und heute
statt. Leider lief die Dis-
kussion recht kontrovers ab.
Nach der Einleitung ging es
dann auch kreuz und quer
durch alle interessanten
Themen.



Am nächsten Tag begannen die
Arbeitsgruppen – Häuserkampf,
Arbeiterbewegung, Anarchis-
mus und Organisation....
durchzusprechen. Ihre Erge-
bnisse werden bald im Kron-
stadt-Info erscheinen.
Auf dem Kongress ist noch
einmal klar geworden, in
welch bescheidener Form die
Koordination untereinander
erst vorhanden ist. Genau
hier sollen regionale Treffs
die Misere beseitigen (siehe
kurzes) und eine verbind-
lichere und kontinuierliche
Zusammenarbeit ermöglichen.
Eine Organisation, wie einen
Hut aufsetzen, wollte sich
kaum jemand.
Abschließend bleibt die Fra-
ge, warum wir immer mehr
werden, an unserer Arbeit,
kann es doch nicht liegen?

Brokdorf:

ANKLAGE WEGEN
MORDVERSUCH

Im 20. Februar fand in Brok-
dorf eine (verbotene) Demo
gegen das AKK Brokdorf und
alle anderen AKK statt. An
dieser Demo nahmen über
100.000 Menschen teil.

Der einzigen Wochen erschien
im „STERN“ ein Foto, auf dem
drei Demonstranten auf einen
Uniformierten einschlugen.
Dieses Foto hat außer Empö-
rung bei einigen Leuten, auch
zu zwei Festnahmen wegen
MORDVERSUCH geführt. Das Fo-
to, aus dem Zusammenhang ge-
rissen wie im STERN, stellt
die Situation an diesem Gra-
ben jedoch in ein total ver-
kehrtes Licht. Der verprü-
gelte Polizist ist nicht von
bösen Demonstranten überfal-
len und „niedergewacht“ worden,
sondern gehörte zu einer
Gruppe „SK“lern, die knop-
pschwingend auf friedliche
Demonstrationen losgingen. Der
Beachte Schult hat sich dabei,
laut Tat ganz besonders her-
vor, nur halt im Übermaß
einen Schritt zu weit – in
den Wassergraben....

Auf der Foto-Serie die die
Tat abgedruckt hat, ist der
Grund für das Draufschlagen
der Demonstranten klar er-
sichtlich.
Die Presse, die sich über
die fünf Schläge auf den
Helm des „SK“ler so schreck-
lich aufregt, hat die Bilder
die in kurzer Entfernung auf-
genommen wurden nirgendwo
abgedruckt. Dort war nämlich
die übliche Szene zu sehen,
wie 6,7,8 oder mehr Uniform-
ierte mit ihren langen Knöp-
peln auf einen – am Boden
liegenden, verbliebenen – Men-
schen einprügelten. Beffech-
lich hatte er/sie einen Helm
auf!

Auf dem ersten Nachberich-
tungstreffen der Frankfurter
Atom – Gegner wurde, in der
Gegendarstellung zu der
Kriegsberichterstattung
über Brokdorf, ganz klar er-
klärt, daß wir die Verhaf-
ten nicht alleine lassen wer-
den. Hier sollten wir weiter
machen, egal ob jemand von
den Verhafteten nun „schuldig“
ist oder nicht!

WICHTIG FÜR ANARCHEN: NUR DEN
ANDEREN VERHAFTETEN!

SPANIEN

nach dem Putschversuch

In Spanien fand im Februar ein Putschversuch ultrarechter Militärs statt. Während in den Medien – auch bei uns – der König als Retter der Demokratie gefeiert wird und das Ganze ansonsten als Operettenputsch einiger überdrehter Militärs abgetan wird, sieht es hinter den Kulissen viel düsterer aus. Schon im November letzten Jahres reisten hohe spanische Militärs in die USA und sprachen mit der (künftigen) Reagan-Administration. Offenbar holten sie sich hier ihren Segen. Hinter dem Putsch standen in Spanien potente Geldgeber, u.a. Madrider Banken. Daß der Putsch scheiterte, war mehr dem Zufall als einem entschlossenen Widerstand zu verdanken, was die Dekadenz der spanischen Arbeiterbewegung im Schlepptau von DGB-inspirierten Gewerkschaften widerspiegelt. Aber: dies war nicht der letzte Putsch. Schon zirkulieren in Madrid ultrarechte Flugblätter, daß der nächste "Golpe" bald klinge. Und dann wäre er besser vorbereitet, und der „Verräter“ Juan Carlos würde dabei auch draufgehen... Als in Spanien das Parlament von der Guardia Civil besetzt wurde, zogen randalisierende ultrarechte Gruppen in Madrid auf die Straße. Sie hatten detaillierte schwarze Listen von Linken bei sich, die offenbar liquidiert werden sollten. Höchste Zeit also, aus den Fehlern zu lernen und die Konsequenzen zu ziehen. In Spanien allerdings wird – wie schon beim Putschversuch Ende 1979 – wieder einmal nicht hart durchgegriffen. Auch Allende erlebte vor seinem Tode zwei Versuche eines Putsches.

Im November stieg in Spanien der erste Versuchsballon: die „Operation Galaxia“. Es war ein Putschversuch der spanischen Militärs gegen die neue Regierungsform nach Francos Tod, „Demokratie“ genannt. Er wurde vereitelt, aber die Anführer, General Atares Pena und ein gewisser Coronel Tejero, bekamen einige Zeit Hausarrest und wurden am Ende gar noch befördert. Alles blieb beim Alten...

Damals schrieben wir in der Nr. 19 unserer Zeitschrift „Impulso“, daß es sich um den „ersten Versuch“ handelte, und daß die spanischen Militärs einen weiteren Versuch – diesmal aber besser vorbereitet und ernsthafter geplant – unternehmen würden.

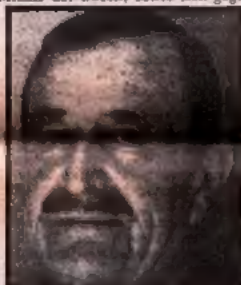
Genau das ist geschehen. Ganz einfach so. Die Parlamentsdemokraten vertrieben sich die Zeit mit neckischen Spieckchen, mit Kon- ihrem regelmäßigen Erscheinen in der Presse und einem fürstlichen Leben. Nun, nicht gerade so königlich wie der Hahnenhahn im Zarzuela-Palast (gemeint ist König Juan Carlos – Red.), der seinerzeit auf die „Grundgesetze“ Francos schwor und sich über nachfolgenden „Demokraten für's ganze Leben“ verwandelte.

Die spanischen Militärs waren's nicht zufrieden, denn außer ihrem guten Leben – besser als jemals zuvor – verlangten sie, daß die Bevölkerung ihnen Ehre zollt. Die alten chauvinistischen Kasten des bejammernswerten Hispaniens wie ihre verhaßten „Guardias Civiles“ oder solch martialische Familien wie die Milans del Bosch werden nicht auf die absurden und anachronischen Privilegien verzichten, die sie seit unendlichen Zeiten genießen.

Aber dennoch ist das nicht das merkwürdige an einer in ausländischen Unternehmungen so glücklosen Armee wie der spanischen. Wichtiger ist hier, festzustellen, wer denn diesen mißglückten Putsch in Spanien finanziert hat und wer die Drahtzieher sind. Irgendein Hurensohn hat 36 Millionen Peseten beigesteuert, ohne daß sein Name bis-

her bekannt geworden wäre. Und weiter: wieviele Militärs und welche standen hinter dem Putsch?

Die Arrestierung (die sehr locker gehandhabt wird) von vier in den Putsch verwickelten Generälen, ist nichts weiter als eine Pantomime, ein Kaspertheater gegenüber dem spanischen Volk. Denn dahinter stecken bedeutend mehr... Der Putsch war minutiös in vier Phasen vorbereitet: 1.) Die Besetzung des Parlaments durch den Obersten Tejero und seinen 200 verhafteten Guardias Civiles. 2.) Der Generalpian der III. Militärregion, General Milans del Bosch, sollte sich gegen



Ein reaktionäres Fossil: General Milans del Bosch.

die Verfassung (nicht gegen den König!) erheben und in Madrid durch den General Armada zum Staatschef ausgerufen werden, was dann aber in Wirklichkeit Tejero im Parlament tat. 3.) Die Panzerdivision Brunete sollte Madrid besetzen (was teilweise sogar geschah) und eine Reihe hoher Militärs sollten sich zum König begeben und ihm vor vollendeter Tatsache stellen und ihn auffordern, sich an die Spitze der Erhebung zu stellen. 4.) Schließlich sollten sich die restlichen Militärregionen dem Putsch anschließen. (Die von Zaragoza, Sevilla und Valladolid zögerten mehrere Stunden!)

Die erste Phase lief perfekt ab. Auch die zweite in der Militärregion

von Valencia. Die dritte Phase traf auf Schwierigkeiten, wodurch sich die vierte nicht realisieren konnte. Warum scheiterte die Erhebung in Madrid? Die Presse berichtet einstimmig, daß es der König gewesen sei, der den Putsch zum Stillstand brachte. Das ist, wenn überhaupt, nur ein Teil der Wahrheit. Zwischen 18.30 Uhr, als das Parlament besetzt wurde und Juan Carlos' Entschluß, gegen 10 Uhr nachts als „Demokrat“ aufzutreten, vergingen lange Stunden des Zweifels bezüglich seiner Haltung zum Putsch. In dieser Zeit erwog der König sorgsam die Folgen, die der Staatsstreich für ihn und für die Krone haben könnte. Er telefonierte mit seinem Vater, dem alten Fuchs Juan de Borbon, der in Estoril (Portugal) residiert, sowie mit anderen vertrauten Beratern. Die Ratschläge, die man ihm erteilte, waren ziem-

lich. Gefühle des spanischen Volkes, das gerade eine vierzigjährige Militärdiktatur hinter sich gelassen hatte, angesichts der internationalen Konsequenzen und dem geplanten Eintritt in die EG, der Möglichkeit von Protesten auf allen Ebenen ging man davon aus, daß das Militäregime sich nicht lange würde halten können. Sich an dessen Spitze zu stellen hieße, die Krone aufs Spiel zu setzen – während, wenn er sich als „König der Verfassung“ darstellte, ihn das zwar im Moment seine Enthronung kosten könnte, ihm aber über kurz oder lang die Rückkehr als „König der Demokratie“ sichern würde.

Die meutenden Generäle sahen sich also einer unerwarteten Schwierigkeit gegenüber. Mit diesen neuen Aspekten hatten sie weder gerechnet, noch hatten sie irgendwelche alternativen Pläne in ihren Kasernenstrategien ausgearbeitet. Die spanischen Militärs sind sehr dumm und es fehlt ihnen an Fantasie, was immerhin recht positiv zu bewerten ist. Für sie liegt die Lösung stets bei den Pauern und nicht unter der Schädeldecke. Und so ist ihnen zum Glück ihr Putsch auch geraten.

Von diesem gescheiterten Staats-

streich muß man einige Lektionen lernen:

– 1. Das Fehlen jeglicher Mobilisierung im Volk, um den Putsch zu stoppen.

– 2. Das spanische Parlament ist außerordentlich jämmerlich. Es ist nicht mal eine schlechte Kopie eines wirklichen Parlaments, die Geschichte wird ihm mit Bedauern und Spott gedenken.

– 3. Die Armee erhält nach wie vor in einer Art von Abkommen mit den jeweiligen Regierungspolitikern die Macht. Diese Politiker führen im Namen der Demokratie das aus, was die Militärs ihnen vorschreiben.

– 4. Es wurde nicht der geringste Versuch unternommen, die Soldaten für's Volk zu gewinnen und zu organisieren, damit sie in Momenten wie diesen ihren Vorgesetzten die Befehle verweigern. Es ist eine dringende Aufgabe, in den Kasernen die Soldaten zu überzeugen, um jeden weiteren Putsch zu verhindern. Die Schicht der einfachen Soldaten müssen zum wichtigsten Verbündeten der Arbeiter und Bauern und anderer unterdrückten Schichten



König Juan Carlos brauchte 8 Stunden um die Uniform anzuziehen und im Fernsehen zu sprechen!

!Es lebe der König!



des Volkes werden. Auch die Soldaten sind Arbeiter und sie sind noch stärker unterdrückt als alle anderen Individuen. Der Militäristat dem Knast am ähnlichsten.

– 5. Die Politiker der „parlamentarischen Linken“ sind außerordentlich feige, und anstatt vorzutreten und die Dinge beim Namen zu nennen und große Massenmobilisierungen einzuberufen, umarmen sie sich mit der Rechten und „empfehlen“ der Basis ihrer Parteien Zurückhaltung und Vernunft. Noch in derselben Nacht des Putsches nahmen in Madrid Delegierte der C.N.T. (Confederación Nacional del Trabajo – anarchistische Gewerkschaft – Red.) Kontakt mit anderen linken Gewerkschaften und Parteien auf, um gemeinsame Aktionen zu beraten und durchzuführen. Dies wurde unter dem Hinweis abgelehnt, es gälte jetzt „Ruhe zu bewahren“ und „abwarten“.

Schwer würde leben, um was die spanische und schlaggefallige Arbeitervertreter es sich hier handelt. Ihnen ist an der Einheit der Arbeiterklasse nicht gelegen, sondern nur an der Erhaltung ihrer Privilegien.

– 6. Die Krone, der König, hat geschwankt. Nach der ersten pro-monarchistischen Euphorie setzt die Ernüchterung ein. Der König selber hat mit den wichtigsten spanischen Politikern klar gesprochen. Bei einem weiteren Staatsstreich könnte er, der König, nicht für eine Niederschlagung des Putsches garantieren.

Und damit sind wir wieder am Anfang: Wir können uns nicht auf die Zufallsentscheidungen von Königen, Parlamentariern oder Parteilichen verlassen. Wir können nicht auf ihre Gnade angewiesen sein. Was wir tun müssen ist, uns in der Arbeiterschaft weiter zu organisieren, uns vorbereiten, autonome Gruppen und Basiszellen in Fabriken, Stadtteilen und überall dort zu schaffen, wo es möglich ist, die uns zur antifaschistischen Selbstverteidigung verhelfen. Man muß mit der Parteidisziplin – und sogar mit der Gewerkschaftsdisziplin – berechnen, wenn diese sich als kollaborationistisch erweisen. Man muß sich



Diese Anarchisten sind...

FERKELEI



...verdächtige, gefährliche Tiere...



...die wollen uns Alle in die Luft sprengen...



...und unsere Zahnbürsten verstaatlichen...

ein für allemal von der offiziellen Politik der Herrschenden befreit und an unsere Interessen als Klasse von Unterdrückten denken! Man muß gemeinsame Aktionen aller sozialen Randgruppen und Betroffenen auf die Beine stellen — unabhängig von deren politischer Führung. Nur so können wir sicherstellen, daß nicht in naher Zukunft ein neuer Militärputsch triumphiert wird. Aber all dies muß jetzt sofort in Angriff genommen werden, da es in der Vergangenheit versäumt wurde. Und nebenbei werden wir damit noch etwas sehr wichtiges gewinnen: wir ersetzen die Entscheidungen von Militärs und Berufspolitikern durch unsere Entscheidungen, die Entscheidungen von frei organisierten Arbeitern. Genau dies ist der Weg zu einer anderen Gesellschaftsform.

Die Situation ist schlimmer als sie ohnehin erscheint. Ein weiterer Staatsstreich nach chinesischem oder türkischem Modell kann sich zu jedem Augenblick wiederholen. In der Tat hat Calvo Sotelo, gegenwärtiger Ministerpräsident Spaniens, „versichert“, daß sich kein weiterer Staatsstreich „im Frühjahr oder im Sommer“ wiederholen wird. Unter welchen Bedingungen wurde denn der nächste Staatsstreich verschoben? Was weiß die Regierung, und was hat sie, die rechten Christdemokraten, mit der Planung eines neuen Putsches zu tun? Was haben Regierung, der König, die „demokratischen Institutionen“ zu melden? Was, zum Teufel, haben die schlauen Spanier gewählt, wenn später die verwegenen Militärs doch tun, was sie wollen? Das Damokles-Schwert hängt weiter über unseren Köpfen. Das einzige ernstzunehmende Hindernis für putschende Militärs sind kämpferische, organisierte Arbeiter.

—Juan Candelas—

einschlägigen Erfahrungen in Wetzlar meißt, sind aber alte Bauten immer so lange erhaltenswürdig, wie sich kein finanzkräftiger Investor für einen Neubau findet...

Nun schlägt das Pendel mal wieder in Richtung Abriss aus. Das synchrone Argument: Wohnungsnot. Die besteht in Wetzlar allerdings, aber ob gerade an diese, zentrale und von hohem Wohnwert gekenn-



zeichnete Stelle Sozialwohnungen errichtet werden (wie man derzeit versichert) ist mehr als zweifelhaft. Das Gegenbeispiel steht gleich nebenan: in den modernen, neuen Miet-Terrassenhaus neben der Puddingschule und direkt an der Avignonanlage hieß es seinerzeit auch, es entstünden billige Sozialwohnungen. In Wirklichkeit waren sie aber schon ausgemauert, gekauft und unvermietet, als das Haus noch nicht mal fertig war. Für die normalen Wohnungssuchenden mal wieder nichts — für besser betuchte Einkommen, ein preiswertes Haus in schöner Lage.

Hinsu kommt noch, daß das ganze winklige Gassengebiet um die Puddingschule mit diesem Gebäude teils und fällt. Wenn hier einmal Betonisiert wird, wie anderswo in Wetzlar auch, dann kommen auch die alten, winkligen und immer noch billigen Giebelhäuser der Umgebung unter den Hammer. So ist der Abriss der Puddingschule wieder städtebaulich noch sozial zu vertreten.

vielfältigen Funktionen alternativer Kultur und Kommunikation erfüllen, und ist damit völlig überlastet. Bei den Jugendlichen macht sich Unmut darüber breit, daß sie als Art Lückenbüßer-Volkshochschule erhalten müssen... Andererseits gibt es sicher über ein Dutzend guter und ernstzunehmender Ansätze, die in Wetzlar keine Räume haben. Angefangen vom Verein Kommunales Kino, dem Arbeitskreis gegen Kernenergie, einer Filmwerkstatt, einem Büchercave, Druckerei, einer Regionalzeitung, dem Jugendsozialwerk, Ausländergruppen, der Arbeitsgruppe Städtebau usw. usw. leiden alle an Raummangel. Die Stadt hat hier wieder ihre gute Ausrede parat: sie würde ja gerne helfen, hat aber kein Geld und keine Räume.

Bitteschön: Hier ließe sich, wenn man Stadt und Parteien ernst nimmt, mit einem Schlag zwei Probleme lösen: Die Puddingschule zu einem autonomen Kulturzentrum machen. Dann wäre die Frage der ungewissen Nutzung erledigt (die teure Renovierung durch Firmen könnte hauptsächlich ein billigerer Eigenregie erfolgen) und die Stadt hätte die Probleme der autonomen kulturellen Gruppen gelöst. Ein selbstverwaltetes Kulturzentrum in Wetzlar tut dringender Not, das wird wohl niemand bestreiten, der sich jemals ernsthaft mit dieser Materie befaßt hat.

Um das Zentrum mit Leben zu erfüllen, könnten und sollten im Obergeschoß auch ein paar billige Wohnungen für Wohnungssuchende junge Leute eingerichtet werden, am besten für Leute, die im einzelnen auch etwas mit den Projekten zu tun haben.

Wenn die Lokalpolitiker zu dem stehen, was sie sagen (weniger politische Bevormundung, eigenständige, selbst handelnde Bürger und eine sinnvolle Verwendung der Schule), dann müssen sie jetzt Farbe bekennen.

Kommentar:

WER SCHÜTZT UNS VOR DEM STAATSTERROR?

Franz Josef Strauß hält die Demonstrationen, die in Nürnberg gegen die Räumung und Zerstörung streicher Häuser auf die Straßen gingen (siehe Nr. 1 der AKTION!) den „Kern eines neuen Terrorismus“. Der Mann ist offenbar der deutschen Sprache nicht ganz mächtig, denn „Kern“ bedeutet ja wohl das Zentrum, die harte Mitte. Und Bayerns Innenminister bringt es fertig, eine ganze Demonstration — fast 150 Leute — pauschal zu verhaften. Hinterher sollen sie dann ihre Unschuld beweisen! Das stellt in der Tat selbst die morbide Moral des Staates auf den Kopf. Aber in diesem Kopf des Staates scheint ja ohnehin nichts in Ordnung zu sein.

Da wird der Terrorist (nämlich der Staat) zum Retter von Ordnung und derjenige, der sich gegen den Staat wehrt, der für menschliche Zustände, für die Anarchie eintritt, zum brutalen Popanz aufgebaut.

Wer ist denn Terrorist, was ist denn Terror? Sind leerstehende Profitwohnungen kein Terror? Ist Menschenjagd von mit langen Knüppeln, Giftgaswasserwerfern, Helmen und Schilde ausgerüsteten Terror-Gruppen (sprich: die Polizei) kein Terror? Terror bezeichnet das systematische, brutale Vorgehen mit dem Ziel, Menschengruppen in Angst und Schrecken zu versetzen. In Mannheim schlugen kürzlich Polizeibehörden einem Demonstranten bei einer Häuserrennung mit ihnen, fast 1,80 m langen Prügelstangen, beide Beine kaputt. Ist das kein Terror?



Und da verlangt die perverse Argumentation des Staates und ihrer Bluthunde noch eine Verschärfung der Ausrichtung: Gemeinwohne und Brechmittel in die Wasserverfälschung. Zum letzteren wäre zu sagen, daß der Anblick der Bullen allein schon genug Brechmittel verursacht — zu den Gemeinwohnen ist zu bemerken, daß in Spanien, Lateinamerika und den USA, wo sie ständig eingesetzt werden, sie schon dutzende von Todesopfern forderten. Hinter diesem scheinbar weichen Wort steckt nämlich ein abgeschmackter, unaufrichtiger Gemeinball. Trifft er z.B. auf die Herrsgend, ruft er einen Schock der Blutzellen hervor, der zum Herzstillstand führen kann, also zum Tod. Trifft er ins Gesicht, verletzt er Augen, Mund, Nase...

Und die Demonstrationen bereits sollen künftig ohne Helme erscheinen. Als ob Helme eine Waffe wären. Helme sind ein Schutz gegen die, die sich mit jeder der Privilegien anmaßen, auf Menschen einzuschlagen und zu schießen. Wenn jemand an der Arroganz seiner Macht stinkt, denken sie durch und denken neue Demonstrationen.

Nur gut, daß sich immer weniger Menschen um die Gesetze der Blutschenden kümmern.

—el coje—

WETZLAR:

WAS WIRD AUS DER PUDDINGSCHULE?

In Wetzlars Altstadt steht ein bekanntes, traditionsreiches Gebäude leer. Es beherbergt eine der letzten, von der Sanierungspolitik des Magistrats verschont gebliebenen Stadteile mit winkligen Gassen und schiefen Häusern. Die Rede ist von der ehemaligen „Käthe-Kollwitz-Schule“, im Volksmund kurz „Puddingschule“ genannt.

Seit die Schule in das neue, bombastische Großschulzentrum am Hallenbad umgezogen ist, sammelt der große, verschachtelte Komplex vor sich hin. Und seit einiger Zeit ist eine Diskussion entbrannt, die zunächst klammernd in den Bauausschuß lief, später dann immer öffentlicher wurde. Ein stadtbekannter Apotheker stellte schon vor einiger Zeit den Antrag, das ganze Gebäude abzureißen, und dort Eigentumswohnungen zu errichten — die wollte er dann auch gleich finanzieren. Obwohl der Antragsteller in der CDU und im Bauausschuß sitzt, wurde der Antrag seinerzeit abgelehnt. Selbsterwählten sich die Gutachten ab: Mal ist das Gebäude historisch, mal abbruchreif, mal erhaltenswürdig, mal von mangelhafter Baumsubstanz. Den

Was aber soll aus der Puddingschule werden? Die Stadt lamentiert einerseits, daß die Renovierungskosten und der Ausbau zu teuer würden. Auf der anderen Seite heißt es, daß das Gebäude für Wohnungen schlecht geeignet sei. Beides trifft bedingt zu, beweist aber nur den Mangel an einem alternativen Nutzungskonzept seitens der Behörden.

Nun gibt es aber in Wetzlar einen wachen und anerkannten Mangel an alternativen, selbstverwalteten Kultur. Einzig das Haus der Jugend, in städtischer Regie und mit seinen althergebrachten Konflikten mit der Magistratsbürokratie, soll alle die

Es wäre daher sehr sinnvoll, wenn sich zunächst einmal alle interessierten Einzelpersonen, Initiativen und Gruppen zusammenfinden würden um ein gemeinsames Konzept zu erstellen. Die Gründung eines gemeinnützigen e.V. wäre zu überlegen, die dann mit der Stadt Nutzungsverhandlungen aufgrund konkreter Konzepte anstellt und die Bevölkerung eingehend informiert.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Kontakt: über den Lahn-Dill-Boten, die Galerie-Workstatt oder den Anarchostammtisch Dienstags, 21. Uhr im Haus der Jugend.

AN ARAN KAGE DESIL WAKINWETRE DOUTOR

ISYAN

An-artist Gazetesi

ISYAN, An-artist Gazetesi. Zu be-
sichtigen ist das (wohl erste) tür-
kische Anarcho-Blatt über Impuls,
Postfach 1704, 633 Wetzlar/Lahn.

FAU direkte aktion IAA

— anarcho-syndikalistische Zeitung —
— Organ der Initiative Freie Arbeiter-Union —

BERICHTE UND INFORMATIONEN ÜBER:

- Betrieb und Gewerkschaft • Ökologie • Kunst
- Repression • Internationalismus • Diskriminierung
- Praxis und Theorie des Anarchosyndikalismus
- Gewerkschaft • Kontakt

Erhalten (empfehlen) monatlich
zum Preis von 1,- DM.
Ab 10 Exempl. je 75 Pfennig.

Abos (nur gegen Vorkasse): 12 Ausgaben 18,- DM,
6 Ausgaben 9,- DM einm. Porto

Postkonto: Kto 248670 404 (H. Auer, Lohndruck)

Probestampfer gegen 40 Pf. Porto bei:
FAU Dortmund, Postfach Nr. 973664 A
44 Dortmund 1

CNT AIT

GEGEN FASCHISTISCHEN PUTSCH HELFEN NUR KÄMPFERISCHE ARBEITER!

Ab 1936 Francisco Franco Bahamonde und andere Generäle ihren Militäraufstand verkündeten, vergingen keine zwei Stunden, und die in der CNT und UGT organisierten Arbeiter waren auf der Straße. Mit Steinen und Pistolen, alten Flinten und großem Heroismus stürmten sie die Kasernen und schlugen den Aufstand nieder, entwaffneten die Soldaten und verhafteten deren Anführer.

Nur in den Gegenden, wo die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung schwach und der reformistische Kurs vorherrschte oder gar keiner, hatte der Putsch Erfolg.

Der kürzlich zweite Versuch eines Militäraufstands in Spanien zeigt erneut das tödliche Fehlen von Vorbereitung und revolutionärem Geist in den sogenannten „Mehrfachgewerkschaften“.

Man darf nicht von der Gnade der Militärs und Politiker abhängen. Die die Freiheit wollen, müssen sie sich nehmen, und dürfen nicht der angeblichen Treue von Königen, Militärs und Politikern trauen.

ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE GEWERKSCHAFT! NIEDER MIT ALLEN DIKTATUREN!
(Orig. Wetzlar, 24. 8. 81)



... unsere Wirtschaft ruinieren...



... und unsere Demokratie...



... und Ferkelleien mit unseren Frauen anstellen!



Pluralismus und Diskussion als ideologischen Scheinbild vorgespielt, während den Entscheidungen akkumuliert wird, das bereits gefallen sind. Das faschistische Ideal der 'Volksgemeinschaft' in seiner friedfertigen Version ist verwirklicht. Der gehorsame Untertan erfüllt hingebungsvoll die Anweisungen der bewährten Führung. Diese Integration hat zugleich eine ideologische Verfestigung zur Folge. Die Manipulation durch pluralistische Interessenskonflikte der verschiedenen Interessengruppen, die immer wieder die verschiedenen Schichten und Klassen der Bevölkerung beeinflussen konnten, verliert die Gesellschaft als Gesamtobjekt. Geringfügige politische Konflikte und Staatskrisen zechen den Herrschaftsapparat anfallig und geben die Möglichkeit, gesellschaftliche Widersprüche bewußt werden zu lassen. Die eindeutige Funktion als staatliche Organe beeinflusst die Flexibilität und damit die pluralistische Anpassung der Parteien an die verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Dadurch können Mandatgruppen, Abteilungen der Klassen, aus der 'Volksgemeinschaft' ausbrechen, die dann je nach ihrer Stellung im Produktionsprozeß die gesamte Herrschaftsstruktur dieser Gesellschaft in Frage stellen können. Radikaldemokratische Linksparteien oder Zuhälter, die sich dem Mechanismus der herrschenden Realpolitik konvertieren, um mehr politischen Einfluß zu gewinnen, übernehmen objektiv Hilfsdienste der etablierten Parteien, die für die außerparlamentarischen Gruppen ihre integrierende, beruhigende Funktion verloren haben. Die gegenwärtig unorganierte und pluralistische Form des antiautoritären Lagers kennzeichnet zugleich die Anfälligkeit dieser außerparlamentarischen Opposition gegenüber bürokratischer Routine von selten traditioneller Arbeitergruppierungen, die sehr leicht die Diskussion über die Strategie in den nächsten Jahren abfangen können, um sie in die 'erprobte' Taktik der Wahlbeteiligung und der parlamentarischen 'Kämpfe' zu lenken, das heißt auf die Ebene der Interessenvermittlung von Führungsgewaltigkeiten zu verlegen. Die Kettenzerrissenheit des antiautoritären Lagers zum flüchtig-treuherrigen Wahlhelfer wäre die soziale Wiederholung der historischen Verwandelung der linksintellektuellen von linken Kommunisten zu hingebungsvollen Stalinisten (Kavali, Rudas usw.).

Die Verfolgung der deutschen Arbeiter, Ergebnis des gescheiterten Emanzipationskampfes der Arbeiter nach 1945, waren SPD und KPD nicht unbeteiligt waren, kann nur aufgehoben werden durch Massenkämpfe in den spezifischen Konfliktbereichen dieser Gesellschaft, an Universitäten und Schulen, in den stagnierenden Industriebranchen und wirtschaftlichen Notgebieten (Berlin, Ruhrgebiet, Norddeutschland). In diesen Massenkämpfen der Aufklärung deuten sich zugleich Gegenstrukturen zur bestehenden Gesellschaft an, wodurch der Herrschaftsansatz zwischen autoritärer Volksgemeinschaft und ihren Führungsmasken und den antiautoritären sozialistischen Arbeitern und Studenten aktiviert wird. Die Diskussionen über Strategie und Taktik des antiautoritären Lagers muß nicht nur historisch gesellschaftlich die Machtstruktur des 'Sozialstaates' untersuchen, sondern zugleich auch die Soziologie der Parteien aufnehmen, die mit dem Anspruch der Befreiung der Arbeiter in den historischen Prozeß eingetreten waren.

Projektgruppe Käte, Berlin
März 1963

Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats.

Von Anton Pannekoek.

I.

Der Ausbruch des ersten grossen Weltkriegs im Jahre 1914 hat zwei Tatsachen grell beleuchtet: erstens die riesige Kraft des Imperialismus, zweitens die Schwäche des Proletariats, namentlich seiner Vorhut und Führerin im Kampfe, der sozialdemokratischen Parteien fast aller Länder.

Der Imperialismus unterscheidet sich von dem alten Kapitalismus dadurch, dass er fremde Weltteile unter Notwendigkeit zu bringen sucht, um dort neue Märkte für Produkte, neue Bezugsquellen für Rohstoffe und vor allem neue Anlagegebiete für die überquellenden Kapitalmassen zu finden. In der letzten 30jährigen Prosperitätsperiode sind die Kapitalmassen riesig angewachsen, und damit ist der Drang, sie in unentwickelten Ländern mit hohem Profit anzulegen, in der Bourgeoisie allem beherrschend geworden. Dabei treten die verschiedenen Bourgeoisien einander als Konkurrenten gegenüber; die neuauftretenden jungen deutschen Bourgeoisie sucht überall Gebiete (Kolonien oder Einflussphären) zu gewinnen, sieht sich dabei durch die alten weltherrschenden Staaten, namentlich England, den Weg verlegt, wie in 1911 in Marokko, während sie selbst in Kleinasien das Vordringen Russlands hindert. Alle haben sich bewaffnet, um im Kampfe um die Verteilung der Welt ein entscheidendes Wort mitreden zu können; alle streben nach möglichst viel Weltmacht. Und dieses Streben ries überall allmählich die ganze Bourgeoisie mit sich. Alles, was noch an militärfeindlicher, fortschrittlicher oder radikaler Opposition unter den Bürgertum vorhanden war, ging nach und nach mit, musste den steigenden Militärforderungen nachgeben oder sah sich von dem alten Anhang im Stich gelassen. In England so gut wie in Frankreich und in Deutschland schmolz die alte bürgerliche Opposition gegen den imperialistischen Kurs stets mehr zusammen auf einige Phrasen — denn man stimmte für die Flotte, für die Armee, für die Kolonialausgaben. In Deutschland war das Wachstum dieser Strömung in der Bourgeoisie am deutlichsten erkennbar, weil der deutsche Imperialismus seiner Art nach *aggressiv* sein muss: er hat noch alles zu gewinnen und fühlt sich stark, es zu gewinnen. In andern Ländern, wo der Imperialismus vor allem auf die Verteidigung des Besitzstandes zu achten hat, trat das weniger stark hervor; dort ist dieses Wachstum imperialistischen Strebens und Willens erst während des Krieges ganz deutlich hervorgetreten. Aber überall ist der Imperialismus in den letzten 30 Jahren zur beherrschenden Politik aller grossen kapitalistischen Staaten geworden.

Die Beteiligung an den Wahlen für das Parlament.

Von Paul Friedländer.

I.

Die Beteiligung der Kommunistischen Partei Deutschlands an den Wahlen für den Reichstag hat die Aufmerksamkeit der kommunistischen Arbeiterschaft für diese stets lebendige Frage der revolutionären Taktik in erhöhtem Maße wachgerufen. Nun ist soeben eine Flugschrift der kommunistischen Partei Deutschösterreich erschienen, betitelt „Die Kommunistische Partei und der Parlamentarismus“, die zur Wahlbeteiligung der deutschen Kommunisten in offenem schärfstem Widerspruch steht, indem sie in die allgemeine Erklärung ausmündet: „Jede gültige Stimme zu parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staat! Jede proletarische Stimmenthaltung bedeutet ein Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse“ und daher die Parole ausgibt: „Keine Stimme und keinen Heller den parlamentarischen Wahlen!“ Diese einfache Formel soll wohl dem Zweck der Flugschrift entsprechen, die sich an „das klassenbewußte Proletariat“ wendet, um seinem Klassenbewußtsein ein bestimmtes Gepräge zu geben. Im übrigen aber bedeutet sie entschieden einen Rückschritt gegenüber dem, was sowohl in der Stellung des Problems als auch in seiner Beantwortung bisher erreicht wurde.¹⁾ In einem Punkte stimmen nämlich alle Kommunisten überein, Lenin, Radek, Bela Kun, das Berliner und das (bereits aufgelöste) Amsterdamer Bureau der 3. Internationale, daß nämlich die Frage der Bejahung oder Verneinung des Parlamentarismus zu trennen ist von der Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen, daß jene Frage eine prinzipielle ist, und zwar eine prinzipiell gegen den Parlamentarismus und für die

¹⁾ Genosse Friedländer hat unserer Ansicht nach mit seiner Kritik des Flugblattes nicht recht.

Erstens beurteilt das Flugblatt die Frage des Parlamentarismus von den Verhältnissen jenes Landes aus, für das es bestimmt ist: für Deutschösterreich.

Zweitens wird in dem Flugblatt der Parlamentarismus nicht „doktriniert“, um jeden Preis abgelehnt, was folgende Stelle beweist: Solange Arbeiterräte oder sonstige Möglichkeiten revolutionärer proletarischer Betätigung bestehen, bedürfen wir der parlamentarischen Tribune nicht.“ (Flugblatt S. 57, im Original fett gedruckt.)

Erst nach der Darstellung der Verhältnisse in Deutschösterreich heißt es am Ende des Flugblattes:

„Jede gültige Stimme in parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staat.“ (Flugblatt S. 9, im Original fett gedruckt.) D. R.

proletarische Diktatur in Form des Räteystems entschiedene (und also gar keine Frage mehr), während die andere Frage eine faktische ist, und zwar, wie das im Wesen einer taktischen Frage liegt, eine jeweilig entsprechend den gegebenen Verhältnissen eines Abstimmungsgebietes zu entscheidende und also eine stets von neuem gegebene Frage.

Die von der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs herausgegebene Flugschrift wirkt zwar teilweise vortrefflich durch ihre schlichte und klare Gegenüberstellung des Parlamentarismus einerseits und des proletarischen Räteystems andererseits, wirkt aber schließlich verwirrend dadurch, daß sie die Zustimmung zum Parlamentarismus mit der Wahlbeteiligung bei den Wahlen in einen Topf wirft und in ein und denselben prinzipiellen Brei verrührt. Dies heißt: sich die Sachen zu leicht machen; dies heißt: den gordischen Knoten der Wahlbeteiligungsfrage weder lösen noch zerhauen, sondern ihn einfach nicht bemerken. Dadurch ist man aber soweit wie bisher, ja nicht einmal soweit wie bisher.

Darum soll in diesem Artikel das Problem der Beteiligung an den Parlamentswahlen nenerlich behandelt werden, jedoch lediglich das Problem der Beteiligung an den Wahlen. Ausgeschaltet — und einer späteren Untersuchung vorbehalten — bleibt das Problem der Beteiligung am Parlament selbst, an seinen Plenarversammlungen wie an seinen Ausschüssen. Außer Diskussion, weil durchaus entschieden, steht die Frage des Parlamentarismus. Die kommunistische Partei (und gegenwärtig wohl auch ein großer Teil der Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ja, sogar der linke Flügel der Linken der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs — von manchen anderen Ländern gar nicht zu reden —) verwirft im A-B-C ihrer Grundsätze den Parlamentarismus zugunsten des Räteystems. Im Rahmen dieser Zeitschrift darf daher nicht der Kniff angewendet werden, der ja sonst im politischen Kampf dem kniffligen Gegner gegenüber durchaus erlaubt ist, denjenigen, der für die Wahlen zur Nationalversammlung eintritt, einfach als „Parlamentarier“ abzutun, als einen, der sich für die parlamentarischen Schwatzbuden in Staat, Land und Gemeinde ausspricht, sondern es soll hier deutlich unterschieden werden zwischen der Anerkennung des demokratischen Parlamentarismus und der Beteiligung an den parlamentarischen Wahlen. Es soll nur davon die Rede sein, wie sich der überzeugte Antiparlamentarier zur Frage der Wahlbeteiligung verhalten soll.

II.

Es wird also von der Voraussetzung ausgegangen, daß das Parlament ein Uebel ist, der Uebel größtes vielleicht, daß es das Werkzeug der Diktatur der kapitalistischen

Klasse ist, auch dort, wo es keine solch schroffe Klasseninstitution, wie gegenwärtig in Ungarn, sondern wo es eine demokratische Institution ist, wie gegenwärtig in Deutschland oder in Oesterreich oder in Italien. Es wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß auf die Schwächung und Abschaffung des Parlaments mit allen Mitteln und Kräften des organisierten proletarischen Klassenkampfes hinarbeiten ist. Daraus ergibt sich, daß die Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung des revolutionären Proletariats nur eines der vielen Mittel — und gewiß nicht das hauptsächlichste und entscheidende — im Kampf gegen den Parlamentarismus ist. Es wird ferner ausgegangen von der Voraussetzung, daß die kapitalistische Ordnung auf der ganzen Welt aus den Fugen geraten, daß sie in ihre katastrophale Krise eingetreten ist, und daß, infolge der revolutionären Situation in den meisten Staaten und infolge der gewaltigen Stellung der Arbeiterklasse — mag sie auch zahlenmäßig die Minorität des „Volkes“ bilden — die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zur Grundlegung der sozialistischen Ordnung in greifbare Nähe gerückt ist.

Noch vor zwei Jahrzehnten war der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für das Parlament — und somit nach der entsprechenden Vertretung im Parlament — eine berechtigte Forderung des Proletariats. Damals war die Ablehnung des Parlaments, vor allem aber die Propaganda der Wahlenthaltung, wie sie von syndikalistischen und anarchistischen Gruppen betrieben wurde, ein Ausfluß der Unfähigkeit, für das Proletariat Politik zu treiben, mag jene Propaganda auch einer ganz richtigen, sogar prophetischen Einschätzung des Parlaments entsprungen sein. Heute liegen die Dinge anders. Heute ist das Parlament, insbesondere das „demokratische“, zum ärgsten Hindernis einer Politik geworden, die im Interesse der Arbeiterschaft und des Sozialismus zu betreiben ist. Heute gilt es — womöglich auch durch Wahlenthaltung —, das Parlament aus dem Wege zu räumen.

Es wurde gesagt: womöglich durch Wahlenthaltung. In dem Wort „womöglich“ liegt das ganze Geheimnis.

Es wurde nicht gesagt: schlechthin durch Wahlenthaltung (wie dies die erwähnte Flugschrift verkündet). Denn es ist ganz klar, daß in den meisten Ländern, in denen der revolutionäre Umsturz nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht, wie in den Ländern des westlichen Kapitalismus, in Amerika, in England, in Frankreich, jede gültige sozialistische Stimme zu parlamentarischen Wahlen nicht ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staate bedeutet, sondern vielmehr ein Bekenntnis gegen den kapitalistischen Staat, daß sie nicht ein Hintertreiben, sondern ein Weitertreiben der revolutionären Situation ist. Es ist ferner klar, daß in einigen andern Ländern, die in höherem Maße zum revolutionären Umsturz reif sind, als die erwähnten westlichen

Länder, die Stimmenabgabe in beträchtlichem Maße ein Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse, eine Bedrohung des Parlaments ist, wie in Jugoslawien, in Bulgarien, in Italien, vielleicht auch in Deutschland (seitens der U. S. P.-Anhänger), daß hierdurch zur Verschärfung und Klarstellung der Klassengegensätze und damit der bestehenden Krise beigetragen, daß also das Parlament als gesetzgebendes Organ in seiner Autorität und Wirkungsfähigkeit nicht gestärkt, sondern geschwächt wird. Die Parole der Wahlenthaltung ist einfach in den meisten Ländern weder mit der objektiven politischen und wirtschaftlichen Lage, noch mit der subjektiven Reife der Arbeiterklasse in Einklang zu bringen.

Ein doktrinärer Grundsatz, sei es der Wahlbeteiligung, sei es der Wahlenthaltung, würde also nur ein Beweis politischer Unfähigkeit und sogar revolutionärer — Passivität sein. Der allgemeine Grundsatz der Wahlbeteiligung kann nur verfochten werden in Verkennung der revolutionären Situation auf der Welt, der allgemeine Grundsatz der Wahlenthaltung kann nur verfochten werden in Verkennung der — gegenrevolutionären Faktoren auf der Welt. Das Parlament wegzulegen heißt nicht es weg schaffen. Und doktrinär sein ist nicht gleichbedeutend mit revolutionär sein.

Somit kann kein Zweifel bestehen, daß die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung eine rein taktische Frage ist (unter vielen andern taktischen Fragen). Es kommt nur darauf an, gewisse Richtlinien zur Lösung dieser taktischen Frage aufzuzeichnen.

III.

Für den Antiparlamentarier hat die Taktik der Wahlenthaltung vor der Taktik der Wahlbeteiligung einen unleugbaren mächtigen Vorzug voraus, der gar nicht überschätzt werden kann: Die Wahlenthaltung ist geeignet, bei der Arbeiterschaft keinerlei Mißverständnis über die Ablehnung und Bekämpfung des Parlaments aufkommen zu lassen. Den bei der Wahlenthaltung aktiv und bewußt beteiligten Arbeitern wird dadurch unzweideutig und unauslöschlich der Wille zur Zertrümmerung der Bourgeoisiedemokratie und zur Aufrichtung der Proletariatsdiktatur (der sozialen Demokratie) eingepreßt. Zugleich wird dieser Wille den Verfechtern der Demokratie, seien sie bürgerlicher, seien sie proletarischer Herkunft, auf die nachdrücklichste und einschneidendste Methode kundgegeben. Der Einwand, daß Wahlenthaltung auch die Parole einer demokratischen Partei sein kann, wie dies z. B. das Vorgehen der ungarischen sozialdemokratischen Partei unter dem Horthyregime beweist, ist natürlich hinfällig, weil diese Wahlenthaltung nur der Protest gegen die Behinderung der Wahlbeteiligung und Wahlbewegung der Arbeiterschaft durch die reaktionären Machthaber war. Unsere Erwägungen aber gelten unter der Voraussetzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, der vollen Demokratie in dem

betreffenden Lande. (Ebenso wird von der Wahlenthaltung aus Gleichgültigkeit abgesehen.) Hingegen ist die Wahlbeteiligung, mag sie auch aus taktischen Gründen notwendig sein, immer stets mit einer gewissen Gefahr verbunden, als die Arbeiter häufig genug Wahlbeteiligung und Parlamentsbeteiligung, beziehungsweise Parlamentsbejahung voneinander nicht unterscheiden, sondern für ein und dasselbe halten. Immerhin hat sich in weiten Kreisen der Arbeiterschaft das klare Bewußtsein befestigt, daß man ebensowenig das Parlament aufrechterhalten will, wenn man Vertreter dorthin entsendet, als man die kapitalistische Wirtschaftsordnung bejaht, wenn man in einem kapitalistischen Betrieb beschäftigt ist. Infolge der bestimmten politischen Verhältnisse kann man genötigt sein, ins Parlament zu gehen, mit der Losung auf den Lippen: Nieder mit dem Parlament, so wie man in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich als Ausgebeuteter (ja sogar als Ausbeuter) im kapitalistische Getriebe hineinfinden muß, mit der Losung auf den Lippen: Nieder mit dem Kapitalismus.

Jedenfalls aber ist die Parole der Wahlenthaltung unzweideutig und an und für sich eine aufklärende und werbende Kraft. Daher unser Ausdruck oben: „womöglich Wahlenthaltung!“ Unter gewissen Umständen ist sie die einschlagende revolutionäre Kraft, der alle übrigen Möglichkeiten nachzustellen sind. Die Umstände, unter denen eine kommunistische Partei die Wahlenthaltung als das geeignete taktische Mittel zur Schwächung des Parlamentarismus, zugleich zur Stärkung der Position der Arbeiterschaft und zur Verschärfung der revolutionären Krise anrufen und mit aller Kraft propagieren soll, scheinen mir hauptsächlich folgende zu sein: (Die nachfolgende Darstellung kann nicht als erschöpfend gelten; der Umfang dieses Artikels läßt dies nicht zu.)

Ist die kommunistische Partei schwach, indem sie am Anfang ihrer Entwicklung steht und nur geringe Teile des Proletariats in ihrem Rahmen vereinigt, so daß vorauszu sehen ist, daß weder die Wahlbeteiligung noch die Wahlenthaltung wichtige Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen mit sich bringen, so ist jedenfalls die Parole der Wahlenthaltung die richtige. Sie wirkt, worauf es in diesem Falle ankommt, klärend und reinigend auf die Arbeiterschaft. Sie stellt die Parteimitglieder auf die Probe; sie ist ein weithin sichtbares Banner, um das sich die kleine Kerntruppe sammelt. Sie ist ein deutlicher Schlag ins Gesicht der Demokratie. Mehr kann sie in diesem Falle nicht sein. In diesem Falle kann die Wahlenthaltung nicht als Parlamentsboykott bezeichnet werden, auch nicht als Versuch eines solchen Boykotts. Denn zum Boykottieren ist Macht notwendig. Der Boykott beurteilt sich nicht nach dem Willen, sondern nach der Leistung.

Vor einundeinhalb Jahren haben sowohl der Spartakusbund in Deutschland als auch die kommunistische Partei Deutsch-österreichs — als schwache und für die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse keineswegs bedeutsame Parteien — ihrer prinzipiellen Ablehnung der Bourgeoisiedemokratie und ihres Parlamentarismus (im Rechtsstaate der kapitalistischen Gesellschaftsordnung) durch die Parole der Wahlenthaltung den richtigen taktischen Ausdruck gegeben. Erleichtert wurde ihnen dieser Entschluß durch die besonders kritische Situation in diesen Ländern, welche die Aussicht auf einen baldigen revolutionären Umsturz offen ließ.

Das taktische Mittel der Wahlenthaltung seitens der K. P. wäre wohl auch bei den letzten Wahlen für den deutschen Reichstag, die vor kurzem stattgefunden haben, am Platze gewesen. Diese Ueberzeugung brauchte nicht auf Grund des Wahlergebnisses entstehen, — nachher ist es billig, taktisch weise zu sein — sondern sie mußte auch bereits vorher feststehen. Denn die Kommunistische Partei Deutschlands, die aus verschiedenen Gründen nicht gedeihen konnte — vor allem ist es schwer, im Schatten der Unabhängigen sozialdemokratie Deutschlands kräftig zu wachsen — hatte von vornherein nur sehr geringe Aussichten auf Mandatsbesetzungen, jedenfalls so geringe, daß sie für die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse in der gesetzgebenden Körperschaft nicht in Betracht gekommen wären. Dies hat sich auch bestätigt. Es wäre selbst dann richtig, wenn auf Grund der abgegebenen Stimmen nicht zwei, sondern acht Kommunisten als Abgeordnete aus der Wahl hervorgegangen wären. Auch dies ist noch immer nicht viel mehr als 5 Prozent aller Proletariatsvertreter (wobei ich allerdings annehme, daß für die Mehrheitssozialisten hauptsächlich Proletariat gestimmt haben). Diesem verschwindenden Vorteil steht gegenüber der große Nachteil, daß es die kommunistische Partei in diesem Falle, wo sie gegen die Stärkung des Parlaments und der Reaktion im Parlament nichts Bemerkenswertes leisten konnte, nicht vermocht hat, ihrer Opposition gegen die Bourgeoisiedemokratie den schärfsten Ausdruck zu geben, vor allem aber nicht, sich von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands klar und deutlich abzugrenzen, worauf es besonders angekommen wäre. In diesem Falle, wo bloß zu propagieren und zu werben war, wäre eine energische Kampagne für die Wahlenthaltung das Beste gewesen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei betont, daß die Proklamation der Wahlenthaltung seitens der „kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“, die nicht aus politischen Erwägungen, sondern aus grundsätzlichen Doktrinarismus heraus geschehen ist (siehe den Programmentwurf der K. A. P. D., veröffentlicht in der „Aktion“, Heft 23/24 des X. Jahrganges, S. 314), nur zufällig mit dem unter diesen

Umständen taktisch Richtiges übereinstimmt, jedoch ihrem Ursprung und ihrem Geiste nach entschieden abzuweisen ist.

Eine weitere Situation, die einer kommunistischen Partei unter allen Umständen die Wahlenthaltung aufdrängt, ist eine offenbar revolutionäre Situation in dem betreffenden Abstimmungsgebiet. In diesem Fall kann die Wahlenthaltung die Lage so verschärfen, daß sie zum Entscheidungskampf treibt. Sie kann ein Dolchstoß durch das Herz der Bourgeoisiedemokratie sein. (Dies wäre gegenwärtig vielleicht der Fall in Polen.) Eine revolutionäre Situation war vor einundneunzig Jahren in den Staaten der „Besiegten“, vor allem in Deutschland und Oesterreich, gegeben. Nur daß die kommunistischen Parteien dortselbst ohnmächtig waren. Darum war die Wahlenthaltung ihrer Anhänger ohne Wirkung. Je mächtiger aber in solch einer Lage eine kommunistische Partei ist, umso mehr ist sie fähig, umso mehr ist sie verpflichtet, den aktiven Parlamentsboykott bei den Wahlen in größtmöglichem Maße durchzuführen, in dem Sinne, wie ihn B—K— im Heft 18 des „Kommunismus“ in dem Artikel „Die Durchführung des Parlamentsboykotts“ vorzüglich und, meines Wissens nach, erstmalig dargestellt hat. (S. 340—355.)

Endlich ist auch eine kommunistische Partei eines Landes, das sich in einer Lage befindet, die zwar nicht revolutionär ist, die aber eine sichere Voraussicht auf eine revolutionäre Entwicklung in der nahen Zukunft gibt, durchaus im Recht, die Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen durchzuführen, auch auf die Gefahr hin, vorübergehend und bloß scheinbar die Reaktion zu stärken, letzten Endes aber, um die Entlarvung der tatsächlichen Gegensätze und die Auslösung der Entscheidungskämpfe um die Diktatur des Proletariats, um die Abschaffung des kapitalistischen Klassenstaates zu bewerkstelligen.

Damit wären Richtlinien entworfen, die für die Taktik der Wahlenthaltung bestimmend sein sollten.

IV.

Während die Wahlenthaltung eine einfache und offene Demonstration gegen die bürgerliche Demokratie und ihren Parlamentarismus ist, ist die Wahlbeteiligung keine solche unzweideutige feindliche Haltung. Denn, sollte man meinen, sie ist und bleibt doch immerhin eine Art Aufrechterhaltung des Parlaments. Diese populäre Auffassung ist bereits an einer früheren Stelle abgelehnt worden.

Es gibt Stufen der geschichtlichen Entwicklung in einem Lande (und das trifft derzeit noch für viele Länder zu), in denen der Parlamentarismus noch nicht abgebrochen werden kann, weil die Verhältnisse noch nicht zum Umsturz reif sind.

In der gegenwärtigen Epoche der katastrophalen Krise des Kapitalismus auf der ganzen Welt ist unter diesen Umständen für jeden zielbewußten und gebildeten proletarischen Klassenkämpfer die Notwendigkeit gegeben, den bürgerlichen Parlamentarismus, die höchste Form des kapitalistischen Klassenstaates, geradezu treibhausmäßig auf die Spitze zu treiben, um seine völlige Unfähigkeit darzulegen, in der gegenwärtigen entscheidungsreifen Epoche für die Arbeiterschaft die Entscheidung zu bringen. In der gegenwärtigen Zeit kann eine kommunistische Partei nur ein Interesse haben: die Bourgeoisie in die Sackgasse zu jagen, ihr das Regierungsgeschäft im bürgerlichen Staat unter den gegenwärtigen zerrütteten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu überantworten und sie gleichzeitig möglichst zu schwächen, ihr möglichst viel Unterstützung durch die „Bevölkerung“ des Landes zu entziehen.

Es ist klar, daß hierdurch die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung ein anderes Gesicht bekommt. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei nochmals betont, daß Wahlbeteiligung keineswegs bereits Parlamentsbeteiligung, geschweige „positive“ Mitarbeit im Parlament bedeutet. (Über diese Frage ein andermal; auch ich bei der Meinung, die in der zitierten Flugschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Ausdruck kommt, daß das Parlament nicht einmal als „Tribüne“, geschweige denn als Boden zur Ausprägung des Klassenkampfes in Betracht kommt.) Wenn also einerseits in einem bestimmten Lande eine revolutionäre Entwicklung noch nicht zur Reife gediehen, noch nicht ausgetragen ist (beispielsweise Italien), andererseits in einem bestimmten Lande reaktionäre Strömungen in immer gesteigertem Maße auftauchen und die Tendenz zu einer weiteren reaktionären Entwicklung in dem betreffenden Lande gegeben ist, dann wird auch für eine kommunistische Partei die Frage der Wahlbeteiligung brennend. Für den Fall natürlich nur, daß die kommunistische Partei so stark und so bedeutend ist, um für die Herausbildung und Herauskristallisierung der politischen Machtverhältnisse ernstlich in Betracht zu kommen. Eine Wahlenthaltung unter diesen erwähnten Umständen würde nur das Gegenteil dessen erzielen, was sie beabsichtigt. Sie würde nämlich tatsächlich nur zu einer Verschleierung der Klassengegensätze, zu einer ungebührlichen Stärkung der Bourgeoisie, vor allem aber zu einer Stärkung der parlamentarischen Reaktion führen, also auch zu einer Vertuschung der Klassendiktatur der kapitalistischen Klasse beitragen. Dies in einem Zeitpunkt, in dem, wie gesagt, das Proletariat, sei es infolge der Unreife der Verhältnisse im betreffenden Staat, sei es infolge eigener Unreife, nicht in der Lage ist, zu entscheidenden Schlägen auszuholen. Für

eine kommunistische Partei, die für die Gestaltung der politischen Kräfte im Lande ins Gewicht fällt, gibt es da nur eine Taktik: Schwächung der Bourgeoisie, Schwächung der Reaktion, Schwächung des Parlamentarismus durch Wahlbeteiligung. Je stärker eine antiparlamentarische Partei ist, umso geringer ist die Gefahr, daß ihre Massen bei der Wahlbeteiligung von der Illusion befangen wird, es handle sich um ein Eintreten für das Parlament und nicht um einen Kampf gegen das Parlament.

Keine kommunistische Partei kann die Verantwortung auf sich nehmen, die Reaktion für die Dauer zu stärken. Es gibt Situationen in der revolutionären Entwicklung eines Landes, wo es die Wahlbeteiligung proletarischer Parteien ist, welche den bürgerlichen Parlamentarismus stärkt, ja, sogar wieder auf die Beine bringt, wie dies die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Österreichs durch ihre Beteiligung an den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung getan haben. Es kann umgekehrt Situationen geben, wo die Wahlenthaltung analog wirkt. In einem Lande, in dem die reaktionären Gruppen Tag für Tag an realen Machtmitteln gewinnen (durch Bewaffnung ihrer Anhänger u. dgl.), in dem aber diese reaktionären Gruppen gleichzeitig doch nur das Interesse haben, auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage Gewalt auszuüben, gilt es, ihrer parlamentarischen Reaktion Abbruch tun, nicht aber ihr Vorschub leisten. Da gilt es, die Reaktion zu einem offenen diktatorischen Vorgehen zu bringen, um sie vor der Arbeiterschaft zu entlarven und ihr gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen zu können. Eine Wahlenthaltung wird unter solchen Umständen die Klassegegensätze verschärfen und die Machtausübung der Bourgeoisie begünstigen, indem sie ihrer Gesetzgebung die demokratische Weihe ermöglicht. In einem Lande beispielsweise, das in reaktionärer Entwicklung begriffen und in dem eine kommunistische Partei zwanzig Prozent der proletarischen Wählerschaft mit sich führt, bedeutet eine wirklich durchgeführte Wahlenthaltung eine vierzigprozentige Stärkung der reaktionären Bourgeoisie und zugleich eine vierzigprozentige Stärkung des Parlamentarismus. Unter diesen Umständen ist Wahlbeteiligung geboten (wobei ich die Parlamentsbeteiligung dahingestellt sein lasse).

Der Einwand, eine solche Auffassung sei kleinbürgerlich, weil sie nur durch die Betrachtung des Zustandes im eigenen Lande, und da sogar durch die Betrachtung des augenblicklichen Zustandes eingegeben sei, nicht aber durch die Betrachtung der revolutionären Entwicklung auf der ganzen Welt und durch die Voraussicht auf die kommenden Dinge in dem betreffenden Land selbst, ist hinfällig. Hinfällig deswegen, weil die revolutionäre Weltlage die Resultante aus der Situation in jedem besonderen Lande ist und die Frage der Wahl-

beteiligung oder Wahlenthaltung ja gerade im Lichte des Vortreibens der revolutionären Entwicklung, beziehungsweise des Kampfes gegen die reaktionäre Entwicklung erörtert wurde, hinfällig deswegen, weil auch bemerkt wurde, daß bei einer offenbar rasch vorübergehenden reaktionären Welle die Wahlenthaltung das geeignetere taktische Mittel ist. Hinfällig deswegen, weil, wenn die reaktionäre Strömung keine vorübergehende, sondern eine ständige ist, mit aller Entschiedenheit die Auffassung hier zurückgewiesen werden muß, daß ein Politiker des Proletariats die Reaktion niemals gewähren lassen oder gar fördern darf. Dann müßten wir in das gleiche pseudo-marxistische Fahrwasser, in dem so manche Sozialdemokraten während des Krieges geschwommen sind, als sie den Imperialismus freudig gewähren ließen, damit sich die Lage des Kapitalismus verschlechtere. Ein angeblich „marxistischer“ Fatalismus, welcher die Reaktion begrüßt, um der darauffolgenden Revolution willen, ist keine ernsthafte, sondern eine frivole „historisch-materialistische“ Theorie. —

Diese Andeutungen, um den gordischen Knoten der Wahlenthaltung und Wahlbeteiligung auflösen oder auch nur zerhacken zu können, sollen in einem weiteren Artikel besonders an dem Beispiel Deutschösterreichs illustriert und ausgedeutet werden, wobei sich gleichzeitig die Möglichkeit ergeben wird, die Gegenüberstellung von Arbeiterrat einerseits und Wahlbeteiligung für das Parlament andererseits zu besprechen.⁴⁾

Revolutionärer Parlamentarismus.

L. R.

Der zweite Kongreß der Dritten kommunistischen Internationale hat über die Frage des Parlamentarismus entschieden und die Rolle d. bürgerlichen Parlaments im revolutionären Kampf des Proletariats gewertet. Er hat die Richtlinien festgelegt, nach denen gehandelt werden muß, um den parlamentarischen Kampf des Proletariats aus dem Summ des Reformismus und aus der Niedertrennung der bürgerlichen Korruptionen wohn die bahngelassenen Arbeiterführer ihn gesezt haben, herauszuheben und zu einer wirklichen Waffe des Proletariats neben anderen gegen die Bourgeoisie zu gestalten.

Gefügt es den kommunistischen Sektionen der einzelnen Länder, diese Richtlinien einzuhalten, so wird auch aus dem bürgerlichen Parlament eine revolutionäre Arena des Proletariats, wo dieses und seine Vertreter denselben Kampf führen werden, der auch an anderen Kampfpunkten in den verschiedenen Räten (Betriebsräten, Arbeiterräten usw.), Fabriken, auf der Straße, in den Gewerkschaften usw., gleichzeitig geführt wird. In alle diese Kampfhandlungen in den bewaffneten Aufstand zusammengefaßt, in die revolutionäre Erhebung des Proletariats ausmünden. So ist der parlamentarische Kampf kein parlamentarischer Kampf mehr, sondern nur ein Kampf, der im Parlament für dasselbe Ziel geführt wird wie andernwo. Der achte Abschnitt des dritten Teiles der Thesen über den Parlamentarismus sagt: „Jeder kommunistische Abgeordnete des Parlaments muß diesem angedenkt sein daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Versammlung macht, sondern ein Agitator der Partei, der in feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüsse durchzuführen.“ Das Parlament darf nichtes anderes als „eine Tribüne, ein Werkzeug des revolutionären Kampfes, ein Mittel zur Organisation der werktätigen Massen zu ihrer Vorbereitung für den bewaffneten Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten“ sein. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im bürgerlichen Parlament „Skandale hervorrufen und die Parlamentsordnung verletzen, sich verhaften und den Gerichten überlassen lassen, ihre Immunität im vollen Maße ausnutzen zur Agitation und Propaganda und zur Organisation der Arbeiter für die direkte Aktion“. Das Ziel ist die Entlarvung des Parlaments, und zwar (Abschnitt II) „Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarvung der Sozialpatrioten, Reformisten der Halbleist der Politiker des Zentrums und andern Gegnern des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der III. Internationale ausnützen.“

Letztes allein sind noch keine Gewähr ihrer Einhaltung. Das schönste und revolutionärste Programm kann zu Schanden werden wenn der erreichte Grad des Klassenkampfes oder aber der entschlossene Wille zu seiner Durchführung fehlt. „Der Parlamentarismus ist ein gefährlicher Boden“ — anerkennen sich die Letztes. Auf diesem „gefährlichen Boden“ wurde das Proletariat schon so manchmal betrogen, gefoppt und verraten, was wird geschehen, wenn der Beschluß der III. Internationale verwirklicht zu werden versucht wird? Wo ist die Gewähr, das der Beschluß nicht Beschluß bleibt und trotz allem der Parlamentarismus seine korumpierende, verführerische Wirkung auf die proletarischen Führer ausübt? Diese Führer sind Menschen, nach den Leitzätzen sollen sie einfache Arbeiter sein — einfache Arbeiter sind ebenso korumpierbar wie Intellektuelle und gewerkschaftliche Führer.

Die Theorie gibt auf diese Frage Antwort. Und indem die Letztes diesen Gefahren institutionell vorbeugen, wird die Gefahr etwas vermindert. Die Führung und die Kontrolle über die parlamentarische Fraktion hat die Partei in der Hand, die parlamentarischen Vertreter können abberufen werden usw. Die Theorie muß sich aber in der Praxis bewähren, um allen Gegnern des Parlamentarismus innerhalb des revolutionär-prole-

tarischen Lager einigung notwendig zu kommen, das ein revolutionärer Parlamentarismus nicht nur denkbar ist, nicht nur theoretisch formellierbar ist, gleichsam als abstrakte Forderung, sondern unter den gegebenen Verhältnissen auch möglich, daß der erreichte Grad des Klassenkampfes ein solcher ist, welcher die kommunistischen Sektionen des revolutionären Klassenkampf im Parlament zu führen zwingt. Es hängt schon nicht allein von der revolutionären Ehrlichkeit einzelner Individuen (Karl Liebknecht) ab, ob sie auch im Parlament ehrliche kompromißfeindliche Vorkämpfer der Revolution des Proletariats bleiben wollen, sondern alle Sektionen der kommunistischen Revolution müssen im Parlament revolutionär wirken, ob sie wollen oder nicht. Verrat ist nicht ausgeschlossen — das ist eine Frage, die als Irrtum in der Auswahl der parlamentarischen Vertreter bewertet werden muß, oder als individuelles Gebrechen, das aber theoretisch nicht erfaßbar ist — ein Verrat der ganzen Partei aber, wie das die Sozialdemokratie geleistet hat, ist unmöglich in dem Moment, wo die arbeitenden Massen durch den Klassenkampf immer mehr ins selbständige politische Leben und Handeln geschult und durch die kommunistischen Sektionen dann geführt und geschult werden. Das ist die einzige Bürgschaft, daß die parlamentarische Tätigkeit der kommunistischen Parteien revolutionär bleibt.

Der erste praktische Beweis der Richtigkeit der Auffassung der III. Internationale liefert nun der Ausgang der Wahlen zum sächsischen Landtag. Es wurden dort 49 Mehrheitswahlmannschaften, Rechtsunabhängige und Kommunisten gewählt, gegen 47 Vertreter der bürgerlichen Parteien. Die Mitgliederzahl des Landtages beträgt 96. 49 Mandate machen die Mehrheit aus. Es binden also die sozialistischen Parteien zusammen die Mehrheit der bürgerlichen Parteien gegenüber. Die nun gewählten Kommunisten entscheiden in Sachsen, ob sich eine „sozialistische“ Regierung im sächsischen Parlament halten kann oder nicht.

Wären die Mehrheitswahlmannschaften und die Rechtsunabhängigen tatsächlich „sozialistische Parteien“ und wäre das Parlament tatsächlich das Terrain, wo der Klassenkampf endgültig entschieden wird, wie das von den Sozialdemokraten behauptet wird, dann wäre die Pflicht der Kommunisten, in eine sozialistische Regierung ohne Zögerung einzutreten, klar. Nun ist das Parlament in der heutigen Krise der Bourgeoisie nur das eine und nicht einmal das wichtigste Terrain, wo die Frage der Revolution und Gegenrevolution entschieden wird. Die Kommunisten gehen nicht ins Parlament, um dort für die Arbeiter Reformen zu erwirken, nicht weil sie den parlamentarischen Kampf als einen überaus wichtigen Teil der proletarischen Revolution betrachten, im Gegenteil, die vom 2. Kongreß der III. Internationale angenommenen Leitsätze betonen ausdrücklich, daß die Frage des Parlamentarismus eine untergeordnete Rolle spielt, denn das Parlament dient den Kommunisten zu nichts anderem als zur Entlarvung der Bourgeoisie und ihres Parlamentes und zur Zerstörung der demokratischen Illusionen der Massen. Der Schwerpunkt des Klassenkampfes liegt in den Fabriken, in den Arbeiterräten, auf der Straße, in der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes also auf legalen, aber außerhalb des Parlamentes liegenden, andererseits gänzlich illegalen Gebieten. Deshalb hat eine

von Seiten eines jeden Landes selbst darüber zu bestimmen, welche Taktik in den konkreten Wendungen des parlamentarischen Kampfes befolgen soll.

Diese Taktik wird natürlich immer davon abhängen, welches Stadium der Klassenkampf des Proletariats im betreffenden Lande erreicht hat. Je schärfer der Klassenkampf, desto mehr wird er außerhalb des Parlamentes geführt, desto mehr verliert die parlamentarische Aktion der Kommunisten neben ihren anderen Aktionen an Bedeutung, besser gesagt, desto mehr werden die anderen Aktionen der parlamentarischen Aktion gegenüber an Gewicht zunehmen. Desto stärker kann es aber wirken, wenn die Kommunisten von der Tribüne des Parlamentes durch ihre Immunität geschützt, die Bourgeoisie und ihr Parlament entlarven, wenn sie die parlamentarischen Leichen der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten, demaskieren und nach Erfüllung dieser Aufgabe in einem geeigneten Moment das Parlament verlassen und so vor den breiten Massen der Werktätigen dokumentieren, daß das von den Kommunisten vorantriebene Parlament nichts ist als eine gegenrevolutionäre Organisation der Bourgeoisie. Dadurch, daß die sächsischen Kommunisten trotz ihrer kleinen Zahl einen entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der sächsischen Regierung gewonnen, haben sie die beste Gelegenheit zur Verrichtung dieser Arbeit der Entlarvung bekommen. Der Klassenkampf ist in Deutschland aufs äußerste gespannt. Die wirtschaftliche Not der Massen, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungnot, die Lebensmittelnot wachen ins Übermaß, die Kapitalisten schließen die Werke oder verkürzen die Arbeitszeit, damit das Proletariat durch den Hunger zum Gehorsam gezwungen werde. Die gegenrevolutionären Organisationen der Bourgeoisie warten, bis sie den Fingern bewaffnet auf den günstigen Moment — in welchem sie gegen das Proletariat loschlagen können die besten und mutigsten Proletariatskämpfer im Gefolge — in dieser Lage mußte eine jede proletarische Partei als ihre dringende Aufgabe ansehen, die Massen auf die unausweichbare Revolution besser vorzubereiten. Sachsen ist der industriell am meisten entwickelte Teil Deutschlands. Eine Stadt folgt der anderen, Sachsen ist in Europa am dichtesten bewohnt. Es ist natürlich, daß das sächsische Proletariat durch die kapitalistische Krise und durch die Not der kapitalistischen Sabotage noch mehr leidet als das übrige deutsche Proletariat. Die Klassengegensätze der ganzen Reihe überaus scharf und gewinnen hier eine noch schärfere Form. Bourgeoisie und Proletariat stehen Angesichts einander gegenüber.

Die Bourgeoisie steht in der Ordnung und in anderen gegenrevolutionären Organisationen zum Kampf gerüstet. Das Proletariat aber wird durch die Sozialdemokraten beider Richtung in wehrlos der Bourgeoisie ausgeliefert. Setzen nicht nur nichts zur Linderung der Not der arbeitenden Klassen, sie verhindern nicht nur die Bewaffnung des Proletariats, sie verhindern auch die Enttarnung der gegenrevolutionären Organisationen der Bourgeoisie.

So gab der Ausgang der Wahlen den sächsischen kommunistischen Parlamentenmitgliedern eine günstige Gelegenheit, im Interesse des sächsischen, ja des ganzen deutschen Proletariats eine wichtige revolutionäre

Arbeit zu verrichten. „Da ohne ihre Unterstützung oder wenigstens ihre Duldung keine „sozialistische“ Regierung gebildet werden kann, konnten sie gewisse Bedingungen aufstellen, die der Revolution des Proletariats förderlich sein können und ohne die sie der „sozialdemokratischen“ Regierungsbildung ihre Unterstützung versagen können.“

Eine kommunistische Partei kann natürlich in keiner Regierung Platz nehmen, die auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie steht und mit dem bürgerlichen Parlamente „regiert“. Eine kommunistische Partei, die die Errichtung der Diktatur des Proletariats anstrebt, kann unter keinen Bedingungen an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen. Sie kann aber eine bürgerliche Regierung — und eine „sozialdemokratische“ Regierung ist auch eine solche — dazu zwingen, gewisse Hindernisse aus dem Wege der proletarischen Revolution zu entfernen. Eine bürgerliche Regierung, auch wenn sie sich sozialdemokratisch nennt, bedeutet immer, daß die Macht in den Händen der Bourgeoisie ist. Solange die Bourgeoisie nicht, im Klassenkampf niedergeworfen ist oder aber eine Regierung nicht diese Niederrückung sich zum Ziel setzt, bleibt sie eine bürgerliche Regierung, wenn auch Hilferding ihr Finanzminister oder Dittmann ihr Arbeitsminister ist. Eine proletarische Regierung hingegen ist nur eine solche, die die Macht des Proletariats verwirklicht. Diese kann nur durch die Diktatur des Proletariats und durch die Räte verwirklicht werden. Dapn ist sie aber keine Regierung, die aus Ministern besteht, sondern ein Rat, der aus Volkskommissären besteht. Nicht auf die Namen „Minister“ und „Volkskommissär“ kommt es an, diese Namen verkünden aber das Wesen einer jeden Regierung. Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats: eine Regierung kann nur eine der beiden Möglichkeiten vollziehen. Es ist natürlich, daß die sächsischen Kommunisten von vornherein den von den „Sozialdemokraten“ ihnen zugeworfenen Gedanken zurückweisen mußten, in eine Koalitionsregierung mit ihnen einzutreten und so die Verantwortung für eine Diktatur der Bourgeoisie zu tragen. Das wäre Verrat gewesen, nicht aber „praktische Arbeit“, wie ihre Politik des Verrats die Sozialdemokraten so gerne nennen, um eben ihrem Verrat einen schönen Namen zu geben. Es blieb den Kommunisten, aber die Aufgabe, eine „sozialdemokratische“ Regierung möglich zu machen, sie jedoch vor Aufgaben zu stellen, die zu erfüllen aber heutigen bürgerlichen Regierung unmöglich ist, trotzdem sie dazu dienen, den momentanen Bedürfnissen der Massen abzuhelfen. Die Kommunisten müssen die durch Engels empfohlene Taktik anwenden, sie müssen durchführbare Vorschläge machen. Aber „durchführbar“ der Sache nach, einzelnd auf die bestehende Regierung es kann. Sie müssen zum Sturz der kapitalistischen Produktion führenden Maßnahmen vorschlagen, aber solche, die sächlich praktisch, aber für diese Regierung unmöglich sind.“

Mit solchen praktischen Vorschlägen werden die Kommunisten zweierlei erreichen: sie müssen den Massen bewiesen, daß sie ihre momentane Not nicht mit der Verdrängung auf die Weltrevolution im allgemeinen abtun, sondern praktische, sofort wirksame Maßnahmen gegen den Bankrott und Sabotage des Kapitalismus vorschlagen können. Zweitens: sie müssen den Massen beweisen, daß die Sozialdemokratie beiderlei Richtungen

diese Maßregeln nicht anwenden, dieselben zurückweisen, einzig deshalb, weil die Vorschläge revolutionär sind, trotzdem sie gleichzeitig doch praktisch und durchführbar sind. Somit werden die Sozialpatrioten entlarvt. Sie können sich nicht darauf berufen, daß die „sozialistische“ Regierungsbildung an den Kommunisten gescheitert ist, die Sozialpatrioten müssen zu den revolutionären Bedingungen und somit zur Revolution offen Stellung nehmen und ihren gegenrevolutionären Charakter selbst enthüllen.

Die Bedingungen der sächsischen kommunistischen Partei sind die folgenden:

Die mehrheitssozialistisch-rechtsunabhängige Regierung soll im nächsten Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum sich einsetzen: für eine Amnestie aller politischen Vergehen und Verbrechen; für die ernsthafte Entfaltung der Kontrevolution, der Orgesch und anderer Selbstschutzorganisationen des Bürgertums; für die Schaffung ernsthafte Selbstschutzorganisationen des Proletariats; für die sofortige Entlassung, Wiedereröffnung und Weiterführung aller stillgelegten und verkrüppelten Betriebe durch die Betriebsräte; für Versorgung der Arbeitenden mit billigen Lebensmitteln auf Kosten der Besitzenden; für Beschlagnahme aller überschüssigen Wohnräume der Reichen zur Unterbringung der arbeitenden Bevölkerung; für die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Betriebe durch Wiederaufnahme der stillgelegten und eingeschränkten Betriebe; für die Verpflichtung der Gesamtunternehmenschaft, die Arbeitslosen in voller Lohnhöhe zu unterstützen. In diesem Falle werden die Kommunisten die zu bildende Regierung zur Durchführung dieser Maßnahmen parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen.

Wie unrichtig, lauter praktische Forderungen, deren größter Teil dazu dienen würde, der augenblicklichen Notlage der arbeitenden Bevölkerung abzuhelfen. Trotzdem sie praktisch sind, sind sie zugleich revolutionäre Forderungen. In der heutigen Krise des Kapitalismus können eben die praktischen Forderungen der Arbeiterschaft nicht ohne Revolution verwirklicht werden. Aber nicht das Proletariat, sondern der Kapitalismus trägt die Schuld daran, daß das Proletariat nicht einmal seine augenblicklichen Bedürfnisse ohne revolutionäre Maßregeln zu stillen imstande ist. In der Tat, wollte man nur eine der vorgeschlagenen Forderungen der kommunistischen Partei erfüllen, es loderte augenblicklich in hellen Flammen der Bürgerkrieg in Sachsen auf. Man soll versuchen, die Orgesch zu entwerfen, man soll versuchen, das Proletariat zu bewaffnen, man soll versuchen, die stillgelegten und verkrüppelten arbeitenden Betriebe zu entleeren, sie wiedereröffnen und durch die Betriebsräte weiterführen zu lassen. Man soll versuchen, die Sabotage der Bourgeoisie zu brechen, die Arbeitslosen auf Kosten der Kapitalisten in die Betriebe einzustellen oder aber die Wohnungen der Reichen zu requirieren, um den arbeitenden Proletariern ein Obdach zu verschaffen — sofort wird die demokratische Bourgeoisie zu den Waffen greifen und das Parlament samt ihren „sozialistischen“ Ministern zum Teufel jagen, oder aber diese Regierung wird gezwungen sein, will sie ihre Maßnahmen wirklich durchführen, die bewaffnete Kraft des Proletariats in Anspruch nehmen; der Bürgerkrieg wäre nicht zu vermeiden, die Revolution wäre da.

Das wissen die Mehrheitssozialisten und die Rechtsunabhängigen sehr gut. Die Mehrheitler hüten sich wohl, die durch die Kommunisten gestellten Bedingungen zu erörtern und messen sie glatt ab. Das können die Rechtsunabhängigen nicht gut tun, da sie gerne als „Revolutionäre“ gelten und wenigstens den Schein ihres Revolutionarismus wahren möchten. Deshalb stellen sie auch ihrerseits gewisse Forderungen auf, die sie als minimale Forderungen bezeichnen, ohne die sie keine Koalition mit den Mehrheitlern zu bilden geneigt sind. Vorerst erklären sie, daß sie nur deshalb keine Diktatur des Proletariats und keine Räterepublik in Sachsen errichten, weil die Revolution in Sachsen allein nicht gemacht werden könne und die Reichsverfassung des einzelnen Landes keine genügende Autonomie gewähre, um den Sozialismus im eigenen Rahmen verwirklichen zu können. Also steht dem Sozialismus in Sachsen nichts gegenüber, außer daß er zur Reichsverfassung im Gegensatz steht. Schauen wir uns jetzt die Gegenforderungen der Rechtsunabhängigen an.

Die Bourgeoisie ist bis an die Zähne bewaffnet. Die Orgesch steht zum Losschlagen bereit da. Die Kommunisten, wie wir gesehen haben, fordern deshalb die ernsthafte Entwaffnung der konterrevolutionären Organisationen und die ernsthafte Bewaffnung des Proletariats. Die Unabhängigen fordern die Entwaffnung der Orgesch nicht. Sie erwähnen diese demokratische Institution mit keiner Silbe, wahrscheinlich deshalb, weil die deutsche Regierung sie offiziell nicht anerkennt und deshalb sie auch für die Rechtsunabhängigen nicht existiert. Und diese sind zur illegalen Tätigkeit nicht geneigt, auch dann nicht, wenn diese nur aus der Kenntnisnahme einer illegalen Organisation der Bourgeoisie besteht. Die Orgesch existiert offiziell nicht, also existiert sie überhaupt nicht. Und da sie nicht existiert, kann man auch ihre Entwaffnung nicht fordern. Hingegen fordern auch sie die Schaffung von „Institutionen“ zum Selbstschutz des Proletariats. Natürlich können diese „Institutionen“ sein, wie sie wollen. Sie müssen nicht aus der Bewaffnung des Proletariats bestehen. Die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats wäre das einzige Mittel zur Abwehr von Gegenrevolutionen, zugleich führe aber diese Methode zur Revolution. Das wollen aber die Rechtsunabhängigen nicht, denn das bedeutet nicht nur die Anerkennung der Revolution in Worten, sondern die revolutionäre Tat selbst. Und davor schrecken diese guten Revolutionäre, wie immer, auch jetzt zurück.

Das Proletariat leidet Elend. Die Arbeitslosigkeit steigt ins Riesenhafte. Die Werke sind geschlossen oder arbeiten verkürzt. Die Bourgeoisie sabotiert und wirft ihre Arbeiter auf die Straße, diese finden infolge der Wohnungsmot nicht einmal eine Unterkunft für sich und ihre Familie. Die kommunistische Partei fordert sofort wirksame Maßnahmen. Es sind genug Räumlichkeiten in einer jeden Großstadt, nur spreiten sich die Reichen darin. Es gibt genug Arbeitsgelegenheit, die Bourgeoisie sperrt aber ihre Arbeiter aus ihren Werken. Es gibt genügend Lebensmittel, um den Arbeiter besser zu versorgen als es heute geschieht, wenn man nur der Spekulation des reichen Bauern und der Schlemmerei der Reichen einen Damm vorlegt. Deshalb: Requirieren der überflüssigen Wohnungen und Räumlichkeiten, Enteignen der stillgelegten Fabriken, Beschlagnahme

der Lebensmittel, die zur Nahrung der arbeitenden Klassen notwendig sind. Das sind nicht einmal Forderungen des Kampfes für die sozialistische Gesellschaft, das sind Maßnahmen zur Stillung der momentanen Bedürfnisse. Anstatt dessen fordern die Rechtsunabhängigen das Bauen von Wohnungen, nein, nicht einmal das, weil das auch höchst radikal wäre. Sie fordern nur, daß der Wohnungsbau „gefördert“ wird. Sie fordern, daß staatliche Fürsorge zu treffen ist zur Ernährung der werktätigen Bevölkerung, durch befriedigende Lebensmittellieferungen“. Von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, von Bekämpfung der Sabotage der Bourgeoisie reime Silbe, wahrscheinlich aus demselben Grunde, aus welchem sie von der Orgesch keine Erwähnung taten: der Kapitalismus anerkennt keine Arbeitslosigkeit, also existieren keine Arbeitslosen. Es gibt nur Faulenzer und Arbeitsscheue. Mit ganzer Wucht wird aber das neueste Wandermittel der Hilferdinge, die Sozialisierung, gefordert. Die Kommunisten sagen: Enteignung der Werke, die Rechtsunabhängigen verlangen hingegen, daß die „Sächsische Regierung entschieden auf die Reichsregierung einwirke, damit die Produktionsmittel und der Warenaustausch sozialisiert werden“. Der Warenaustausch in sozialistischer Form, das ist der Sozialismus der Hilferdinge. Diese Forderung wird dann stillgemäß durch die andere, die bürgerliche Demokratie, verewigend ergänzt: die Gemeindereform wird auf der Grundlage der „breitesten Autonomie“ gefordert. Also: Erhaltung der kapitalistischen Produktion und des kapitalistischen Warenaustausches „in sozialistischer Form“ und Erhaltung der bis an die Zähne bewaffneten deutschen Demokratie.

Auf Grundlage dieser Forderungen haben die Rechtsunabhängigen Sachsen beschlossen, mit den Mehrheitssozialisten zwecks Bildung einer Regierung in Verhandlung zu treten. Diese Regierung wird auch zustande kommen. Sie wird sich aber auch auf die bürgerlichen Parteien stützen müssen, da sie die revolutionären Forderungen der Kommunisten zu erfüllen weder geneigt noch instande sein wird. Sie wird, trotzdem sie sich „sozialistisch“ bezeichnen wird, eine gegenrevolutionäre Politik betreiben müssen. Die Kommunisten aber werden darauf hinweisen können, daß sie geneigt waren, die Revolution fördernde Politik im vollen Maße zu unterstützen, sie werden auch dem unaufgeklärtesten deutschen Arbeiter klar machen können, was für „sozialistische“ Parteien es sind, welche lieber die Befehle der Bourgeoisie ausführen, damit sie ja nicht solche Maßnahmen zu ergreifen genötigt seien, welche der Bourgeoisie zwar schaden, dem Proletariat aber sofort wirksam nützen würden.

Damit erfüllen die Kommunisten in Sachsen ihre Aufgabe im Parlament: sie entlarven nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Handlanger, die Sozialpatrioten. Sie betreiben einen revolutionären Parlamentarismus.

QUELLEN

- Anton Pannekoek Der Imperialismus...., in: VORBOTE, Internationale Marxistische Rundschau, Hg. A. Pannekoek und Henriette Roland-Holst. Nr. 1, Januar 1916 (Düsseldorf). S. 7-19.
- Die Entwicklung....., in: KOMMUNISMUS, Zeitschrift der Kommunistischen Internationale, 1. Jg. Heft 28/29, 1. August 1920 (Wien: Verlag der KP Deutsch-österreichs. Redaktion: Gerhart Eisler). S. 976-1018.
- G.L. (Georg Lukács) Zur Organisationsfrage...., in: KOMMUNISMUS, 1. Jg. Heft 3, 8. Februar 1920. S. 14-18.
- Zur Frage des Parlamentarismus, in: KOMM., 1. Jg. Heft 6, 1. März 1920. S. 161-172.
- Paul Friedländer (Ernst Reuter) Die Beteiligung...., in: KOMM., 1. Jg. Heft 24, 26. Juni 1920. S. 811-820.
- L.R. (Rudas) Revolutionärer Parlamentarismus, in: KOMM., 1. Jg. Heft 46, 14. Dezember 1920. S. 1667-1674.

VORBOTE

Internationale Marxistische Rundschau

Herausgeber: Anton Pannekoek und Henriette Roland-Holst

Januar 1916

Nr. 1

INHALT

Zur Einführung

Die Revolution der Zimmerwähler Lücken.

A. Pannekoek, Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats.

R. Landa, Zusammenbruch der II. Internationale und Opportunismus.

K. Radetzki, Grundriss und aktuelle Streitfragen der deutschen Opposition: I. Verfassungsveränderung.

Vom Kampfgebiet der Internationalen

G. Zhanoff, Die Probleme des Kampfes und die beiden Arbeiterparteien in Russland.

Mosk., Einblicke zum kausalen Verständnis.

Frankr., Opportunismus und radikale Tendenzen in der sozialdemokratischen Bewegung.

Hemden: Roland-Holst, Der Kampf um Zimmerwahl in Holland.

Preis 30 Pf., 30 Rp., 50 H.

Bestellungen sind an die Adresse: Fritz Platten, Zürich, Buchvertrieb 23.
 Sendungen für die Redaktion und an die Adresse: Holmsdruckerei Bern,
 Kapellstrasse 6, zu richten.



DIE DIKTATUR DER MANIPULATEURE MUSS ZERSCHLAGEN WERDEN

